Dr. Angelika Klein ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Uganda und Südsudan in Kampala.

UGANDAS JUGEND

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN IM ZWEITJÜNGSTEN LAND DER WELT

Angelika Klein

Nach Niger hat Uganda die jüngste Bevölkerung der Welt: 78 Prozent sind unter 30 und 56 Prozent unter 18 Jahre alt.[1] Mit einer Geburtenrate von durchschnittlich 6,2 Kindern pro Frau und einer Wachstumsrate von 3,3 Prozent ist die ugandische Bevölkerung eine der am schnellsten wachsenden überhaupt.[2] Diese demografische Entwicklung bringt Herausforderungen mit sich, denen begegnet werden muss: vor allem auf dem Arbeitsmarkt sowie dem Bildungs- und Gesundheitssektor. Die Politik ist dringend gefordert, Lösungskonzepte zu entwickeln, denn schon heute finden Vorgänge statt, die folgenreich und teilweise irreversibel sind. Die massive Landflucht ist nur eines der Beispiele: Eine immer größere Zahl junger, ungelernter Arbeitskräfte strömt aus den ländlichen in die urbanen Gebiete, auf der Flucht vor der zunehmenden Ernährungsunsicherheit auf dem Land, häuslicher Gewalt, Verwahrlosung oder Verwaisung. Ihre Suche nach Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, gesundheitlicher Versorgung, Sozialleistungen und Infrastruktur führt in den Städten zu einer wachsenden Zahl der Arbeitslosen sowie zunehmender Slumbildung und Kriminalität. Vor dem Hintergrund einer ohnehin desolaten wirtschaftlichen Situation und eines

1 | USAid, „Navigating Callenges: Charting Hope: A Cross-Sector Situational Analysis on Youth in Uganda“, 2011, http://uganda.usaid.gov/sites/default/files/YouthMap%20Uganda%20Exec%20Version.pdf, 2 [12.04.2013]; vgl. auch Republik Uganda, Ministry of Finance, Planning and Economic Development, „Key Facts on Ugandas Population“, 2012, http://popsec.org/key_facts.php [12.04.2013]. Laut Stiftung Weltbevölkerung sind 48 Prozent Kinder, also unter 15 Jahren alt: Stiftung Weltbevölkerung, „Länderdatenbank“, http://weltbevoelkerung.de/oberes-menue/publikationen-downloads/zu-unseren-themen/laenderdatenbank.html [12.04.2013].

2 | Republik Uganda, Ministry of Finance, Planning and Economic Development, Fn. 1.

Pro-Kopf-Einkommens von 1.300 US-Dollar im Jahr 2011 ist dies eine verheerende Entwicklung. Uganda kann damit exemplarisch für die meisten anderen Länder im subsaharischen Afrika gelten.

Welches sind die Gefahren, aber auch die Chancen, die das Bevölkerungswachstum mit sich bringt? Welche Perspektiven haben die Scharen von Jugendlichen, deren Zahl beständig wächst?

VOM „WEISSEN" ZUM „BLAUEN" KRAGEN: MEHR „AUS-BILDUNG" STATT „BILDUNG"

1994 führte Malawi als erstes afrikanisches Land die kostenlose Schulbildung ein, drei Jahre später zog Uganda nach: 1997 wurde die „freie Grundschulbildung" (Universal Primary Education, UPE) verkündet. Die Gebühr für öffentliche Schulen wurde für bis zu vier Kinder pro Haushalt abgeschafft und der Präsident sprach sich persönlich dafür aus, dass der Zugang zur Grundschule nicht nur frei, sondern auch verpflichtend sein solle. Yoweri Kaguta Museveni machte das Thema zum Kernanliegen seines Wahlkampfs 2006. Seine Drohung, zuwiderhandelnde Eltern verhaften zu lassen, wurde oft zitiert. Zwar stieg die Anzahl der Einschulungen dadurch erheblich an, doch ein gesetzliches Regelwerk, das den Schulzugang nicht nur kostenlos, sondern auch obligatorisch macht, steht bis heute aus. Die anfängliche Euphorie wich Ernüchterung, denn bestimmte Faktoren wurden nicht mitbedacht. So konnte etwa dem gestiegenen Bedarf an Klassenräumen, an Lehr- und Lernmaterial sowie vor allem an Lehrkräften nicht nachgekommen werden. Überfüllte Klassenräume mit rund achtzig Schülern, die ohne Stift und Papier auf dem Boden sitzen, sind bis heute keine Seltenheit. Auch die unzulängliche Ausbildung, die enormen fachlichen Schwächen und die miserable Bezahlung der Lehrer trug und trägt weiterhin zur mangelnden Qualität des Unterrichts und sinkenden Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zur Schule zu schicken, bei. Letztere ist gerade auf dem Land ohnehin nicht sonderlich hoch – viele Eltern sehen eine schulische Ausbildung als Zeitverschwendung an und setzen ihre Kinder stattdessen, vermeintlich gewinnbringender, als Arbeitskräfte auf den heimischen Feldern ein.

Die unzulängliche Ausbildung und miserable Bezahlung der Lehrer trug zur mangelnden Qualität des Unterrichts und sinkenden Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zur Schule zu schicken, bei.

Außerdem können sie sich die Kosten für Schuluniformen und Mittagessen nicht leisten, und diejenigen, die es können, ziehen Privatschulen vor. Schulen, die verfallen, weil sie seit Jahrzehnten nicht mehr renoviert wurden, weite Fußwege und – jüngeren Schlagzeilen zufolge – das Fehlen von Toiletten, was vor allem die Mädchen vom Schulbesuch abhält, lässt die Frustration von Eltern und Schülern, aber auch auf Seiten der Lehrer, deren Disziplin erschreckend gesunken ist, weiter ansteigen. Selbst Vergewaltigungen kommen immer wieder vor. Die Zahl der Schulabbrecher ist bestürzend hoch, und nur wenig mehr als die Hälfte der ugandischen Bevölkerung kann den Abschluss der Grundschule nachweisen. Die Folge ist eine nur rudimentär alphabetisierte und ausgebildete Bevölkerung – für die Jugendlichen ein denkbar schlechter Start.

Schulkinder bei einer „democracy fare“ der KAS: Mangelhafte Schulausbildung ist verantwortlich für eine nur rudimentär alphabetisierte und ausgebildete Bevölkerung. | Quelle: KAS Uganda, Acfode.

Wer es trotzdem schafft, höhere Bildungswege einzuschlagen, muss nicht nur verhältnismäßig tief in die Tasche greifen, sondern kommt auch meist zu der Erkenntnis, dass das erworbene Wissen auf der Suche nach Arbeit und im späteren Arbeitsleben nur wenig hilft: zu groß ist die Kluft zwischen dem Curriculum und den tatsächlichen Anforderungen, zwischen Theorie und Praxis. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass sich Ugandas Schul- und Bildungswesen immer noch an den 1950er Jahren orientiert, als das

Land seine Unabhängigkeit von Großbritannien erlangte. Mit dem Abzug der britischen Beamten war eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt entstanden, die dringend gefüllt werden musste. So wurde die höhere Schulbildung primär darauf abgestimmt, Verwalter, Buchhalter und Angestellte hervorzubringen, wie sie der öffentliche Dienst erforderte.[3]

Bis heute sind so genannte „white-collar-Jobs" (in der öffentlichen Verwaltung und Büros, in NROs unter anderem) „anerkannter" und prestigeträchtiger als die meist gewinnbringendere handwerkliche und gewerbeorientierte Ausbildung. Die noch aus der Kolonialzeit stammende Geringschätzung von körperlicher und handwerklicher Arbeit hat dazu geführt, dass Fachwissen und praktisches Können (*skills*) Mangelware sind. Berufsschulen und Fachschulen sind nur unzureichend etabliert und werden mit Geringschätzung betrachtet – obwohl es genau diese sind, die die Probleme des ugandischen Bildungs- und Arbeitsmarktes zumindest teilweise lösen könnten. Der bestürzende Fachkräftemangel wird oft von indischen und anderen asiatischen Arbeitskräften ausgeglichen, während die ugandische Bevölkerung meist nur über Bastler und Improvisateure oder ungelernte Hilfskräfte verfügt. Und obwohl viele Ugander diese Entwicklung kritisch betrachten, wird „Bildung" weiterhin großgeschrieben und bewundert, „Aus-Bildung" hingegen belächelt und gering geschätzt.

Die Qualität der höheren Bildungseinrichtungen ist immer weniger überzeugend. Vorbei sind die Zeiten, als die Makerere-Universität in Kampala nicht nur die älteste, sondern auch die zu Recht renommierteste Universität in Ostafrika war.

So strebt jeder, dem der Weg offen steht, an die Universität, die mit „Pomp and Circumstances" ein (verflossenes) britisches Akademiewesen nachahmt und Bildungstitel wie Bachelor oder Master inflationär vergibt. Die realen Chancen, mit diesen Abschlüssen eine Beschäftigung zu finden, sind verschwindend gering, Angebot und Nachfrage klaffen weit auseinander. Auch ist die Qualität der höheren Bildungseinrichtungen immer weniger überzeugend – für Lehre und Forschung fehlt das Geld. Vorbei sind die Zeiten, als die Makerere-

3 | Derzeit hat sich das „National Curriculum Development Center" der Reform angenommen – die Curricula sollen bis 2014 revidiert werden – und nimmt dabei Bezug auf ein von der KAS Uganda erarbeitetes Grundsatzpapier mit Empfehlungen zur Bildungspolitik: KAS Büro Uganda, „Young Leaders Think Thank Presents Education Policy Alternatives", 26.09.2012, http://kas.de/uganda/en/publications/32537 [12.04.2013].

Universität in Kampala nicht nur die älteste, sondern auch die zu Recht renommierteste Universität in Ostafrika war. So entlassen die Hochschulen jährlich circa 400.000 Jugendliche auf den Arbeitsmarkt, doch nur 9.000 entsprechende Stellen stehen zur Verfügung. Der Prozentsatz der Arbeitslosen ist unter jungen Akademikern besonders hoch.

„JUNG, MÄNNLICH – ARBEITSLOS“: BESCHÄFTIGUNGSPERSPEKTIVEN IN UGANDA

Von den Bildungsperspektiven zu den Arbeitsperspektiven: In Uganda liegt die Jugendarbeitslosigkeit je nach Schätzung zwischen 70 und 83 Prozent – etwa 80 Prozent der Arbeitslosen sind unter 30 Jahre alt.[4] „Jung, männlich – mittellos“ trifft auf „jung, gebildet – arbeitslos“ – die Sprengkraft dieser jeweiligen Mischung ist nicht zu unterschätzen. Die Regierung hat die Gefahr erkannt: Mit dem Programm Skilling Uganda will sie gegensteuern und dem Arbeitsmarkt das bieten, was er verlangt. Ebenso soll der Nationale Entwicklungsplan (National Development Plan 2010/2011 bis 2014/2015) Abhilfe schaffen. Und auch der BTVET-Akt (Business, Technical and Vocational Education and Training Act) von 2008 soll gezielt für diejenigen Arbeitsplätze ausbilden, die im Überfluss vorhanden sind. Leider wird das Programm aus Kostengründen kaum angenommen und ist – aus Mangel an Ressourcen und einer unzulänglichen Abstimmung mit dem privaten Sektor – auch wenig erfolgreich.

Dabei bietet der Arbeitsmarkt vielerlei Chancen: Vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Telekommunikation und IT sowie im Tourismus ist ein beachtlicher Aufschwung zu beobachten. Der größte Sektor ist dabei immer noch die Landwirtschaft – mit über 75 Prozent sind hier die meisten Arbeitsplätze zu verzeichnen. Von den 80 Prozent der Ugander, die in der Landwirtschaft arbeiten, sind 60 Prozent Jugendliche.[5] Möglichkeiten, deren Betätigung hier produktiver und lukrativer zu gestalten, gäbe es viele, doch fehlt es an fortschrittlichen Techniken und am Grundsätzlichen: unklare Besitzverhältnisse und eine kaum vorhandene Infrastruktur (der Mangel an Straßen und Verkehrsmitteln

4 | USAid, Fn. 1, 8 ff.
5 | Ebd.

zwingt die Farmer oftmals, ihre Ware an Mittelsmänner zu „Dumpingpreisen“ zu verkaufen) lassen den Agrarsektor in der Subsistenzwirtschaft verharren.

Auch in anderen Bereichen hat die Regierung eine Reihe von Programmen aufgelegt, um den Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen, doch lässt die Umsetzung zu wünschen übrig. Die Bevölkerung ist über die Zugangsmöglichkeiten und Vergabekriterien meist wenig informiert, von Nepotismus und einer ausufernden Bürokratie oft abgeschreckt oder hat in Regierungsprogramme von Anfang an nur wenig Vertrauen. Viele der Mittel verschwinden zudem in intransparenten Kanälen und Korruption. Nepotismus ist auch im Einstellungsbereich ein weitverbreitetes Problem in Uganda: Überwiegend wird mehr nach ethnischer Zugehörigkeit und Verwandtschaftskriterien eingestellt als nach Qualifikation und Fähigkeiten.

Aus all diesen Gründen wird eine große Zahl der Arbeitswilligen vom informellen Sektor absorbiert. Wie in den meisten afrikanischen Ländern ist dieser Bereich derjenige, der am meisten „boomt“: Motorradtaxis, Hauspersonal, Gelegenheitsarbeiter (besonders im Baubereich), Kleinhändler bestimmen unter anderem das Bild. Schätzungen zufolge gibt es in Uganda mehr als 800.000 Kleinstunternehmen mit anderthalb Millionen Beschäftigen – das sind mehr als 90 Prozent der nicht in der Landwirtschaft oder im Privatsektor Beschäftigten. Dabei macht Handel ca. 72 Prozent des informellen Sektors aus.[6] Der Grund für den Eintritt in diese höchst unsicheren Arbeitsverhältnisse sind Überlebenskampf und existenzielle Not – und weniger prosperierende Geschäftsgründungen oder das Streben nach wirtschaftlichem Wachstum. Der Einstieg gelingt schnell, der Aufstieg nur schwer und der Ausstieg ist mit keinerlei sozialer Absicherung verbunden. Ein weiteres Kennzeichen: Der informelle Sektor in Uganda besteht zu 92 Prozent aus Frauen.[7]

Schätzungen zufolge gibt es in Uganda mehr als 800.000 Kleinstunternehmen mit anderthalb Millionen Beschäftigen – das sind mehr als 90 Prozent der nicht in der Landwirtschaft oder im Privatsektor Beschäftigten.

6 | Weltbank, „Urbal Informal Sector in Uganda. Presenting during the Key Labour Market Issues Course“, 04-05/2005, http://info.worldbank.org/etools/docs/library/211247/Uganda_Urban%20Informal%20Sector.pdf [12.04.2013].

7 | Ebd.

JUNG UND DYNAMISCH? JUNG – UND GEFÄHRDET

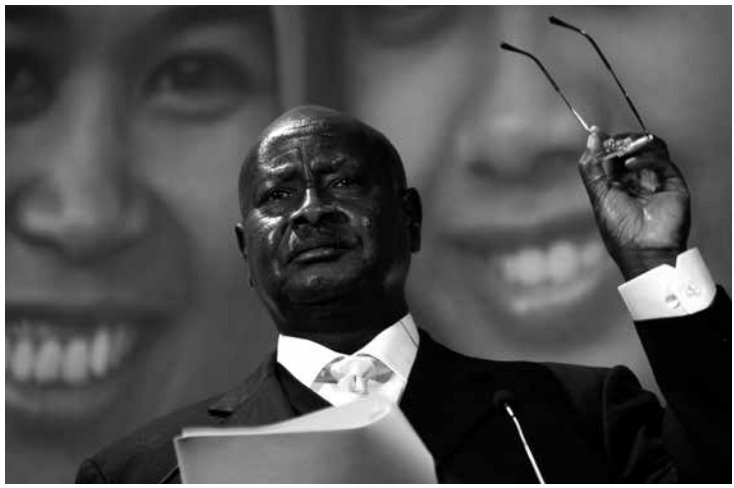
Anders als in der westlichen Welt, wo sich die Herausforderungen im Gesundheitssektor mit den Folgeerscheinungen einer alternden Gesellschaft verbinden, ist es in Uganda die Jugend, deren Gesundheit die Hauptsorgen bereitet. Damit ist Uganda keine Ausnahme auf einem Kontinent, auf dem die Lebenserwartung bei etwa 50 Jahren liegt. Die Gefährdung junger Menschen ist dabei altersbezogen – es ist der sexuelle und reproduktive Bereich, der die höchsten Risiken enthält. Ein Hauptfaktor hierbei ist nach wie vor die Geißel HIV/Aids, die Uganda in besonders heftiger Weise zu spüren bekam. Uganda war eines der am meisten von Aids gebeutelten Länder Afrikas, konnte sich jedoch durch eine gezielte Aufklärungs- und Gesundheitspolitik aus dem Würgegriff befreien. Die Neuinfektionsrate, die 1992 noch bei 15, in manchen Gegenden sogar bei 30 Prozent lag, sank 2001 auf fünf Prozent.[8] Doch trotz einer der fortschrittlichsten Aufklärungskampagnen auf dem Kontinent und einer Vervielfachung des Spendenaufkommens haben sich die Erfolge des ehemaligen Musterschülers in Sachen „Aidsbekämpfung“ inzwischen teilweise ins Gegenteil verkehrt – derzeit liegt die Neuinfektionsrate wieder bei sechs bis sieben Prozent.[9] Dafür gibt es verschiedene Gründe: Wie in vielen (nicht nur afrikanischen) Ländern zeichnet sich eine gewisse „Nachlässigkeit“ und „Gewöhnung“ ab, die der Zugang zu wirksamer Behandlung und die verlängerte Lebenserwartung mit sich bringt. Der Hauptgrund wird jedoch darin gesehen, dass das so genannte ABC-Programm (*abstinence, be faithful, condoms*) sich mit zunehmendem Einfluss evangelikaler Gruppen immer mehr zur Betonung der ersten beiden Aspekte verschiebt, während Kondome zum Teil offen abgelehnt werden.

Trotz einer der fortschrittlichsten Aufklärungskampagnen auf dem Kontinent und einer Vervielfachung des Spendenaufkommens sind die Erfolge in Sachen „Aidsbekämpfung“ inzwischen teilweise ins Gegenteil verkehrt.

8 | Uganda AIDS Commission, „National HIV&Aids Strategic Plan 2011/12-2014/15“, 12/2011, 22 ff., http://aidsuganda.org/images/stories/Publications/NSP.pdf [30.04.2013].

9 | Flavia Lanyero, „Return to Abstinence, Museveni Tells Youth“, Daily Monitor, 03.12.2013, http://www.monitor.co.ug/News/National/Return-to-abstinence--Museveni-tells-youth/-/688334/1635174/-/4nhsagz/- [12.04.2013]; vgl. auch VN, *Global Report. UNAIDS Report on the Global AIDS Epidemic*, Joint United Nations Programme on HIV/AIDS, 2010, 28, http://unaids.org/documents/20101123_globalreport_em.pdf [12.04.2013].

Aids bleibt einer der großen Hemmschuhe in der Entwicklung, da die Krankheit meist Jugendliche in den „besten Jahren“ ihrer Produktivität und Arbeitskraft betrifft. Schätzungen zufolge leben derzeit 1,2 Millionen HIV-Infizierte in Uganda, darunter 150.000 Kinder.[10] Beinahe zwei Millionen – etwa 20 Prozent aller ugandischen Kinder – sind Aids-Waisen. Auf dem gesamten Kontinent sind es bereits um die 15 Millionen Kinder, die ihre Mutter, ihren Vater oder auch beide verloren haben.[11]



Die Regierung von Präsident Museveni, hier auf einer Konferenz zum Thema Familienplanung in London, hat rückläufigen Erfolg im Bemühen um Aidsbekämpfung. | Quelle: Russell Watkins, UK Department for International Development (CC BY-SA).

Positive Entwicklungen zeichnen sich auf dem zweiten „Sorgengebiet“, der Mütter- und Säuglingssterblichkeit, ab: Im Vergleich zu 2001 sank die Müttersterblichkeit im Jahr 2011 in Uganda von 550 auf 438 pro 100.000 Lebendgeburten.[12] Im gleichen Zeitraum fiel die Säuglingssterblichkeit von 88 auf 54 pro 1.000 Lebendgeburten,[13] womit Uganda einen besseren Wert als der afrikanische Durchschnitt (67) aufweist. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass in 59 Prozent

10 | Avert, „HIV and Aids in Uganda“, http://avert.org/aids-uganda.htm [12.04.2013]; VN, Fn. 9, 186.
11 | Ebd.
12 | Uganda Bureau of Statistics, „Uganda Demographic and Health Survey 2011“, 08/2012, 239, http://ubos.org/onlinefiles/uploads/ubos/UDHS/UDHS2011.pdf [12.04.2013].
13 | Ebd., 79.

der Fälle inzwischen medizinisches Fachpersonal die Kinder zur Welt bringt, während es im Jahr 2006 nur 42 Prozent waren.[14] Dennoch sterben immer noch erschreckend viele Frauen während oder nach der Geburt – und zwar meist an Umständen, die behoben werden könnten: heruntergewirtschaftete, schwer erreichbare Gesundheitszentren, Mangel an Transportmöglichkeiten, an Medikamenten und Ausstattung, ungeschultes Personal, Stromausfälle. Aus Verzweiflung zogen Mitte Juni 2012 hunderte Frauen vor das Oberste Gericht in Kampala, um die Regierung anzuzeigen und sie mit Verweis auf das „Menschenrecht auf Gesundheit" und per Gerichtsbeschluss zu zwingen, bessere Bedingungen zu schaffen. Die Klage wurde abgewiesen, das Gericht wolle sich nicht in „politische Angelegenheiten" einmischen.

Und eben damit ist der wunde Punkt genannt: Der politische Wille, hier Prioritäten zu setzen, scheint zu fehlen. Zumal es Bereiche gibt, denen es an finanzieller Ausstattung nicht zu mangeln scheint. Und dennoch darf die Gesundheit gerade der Jugend nicht vernachlässigt werden, muss die Jugend als Entwicklungsfaktor ernst genommen, ihr Potenzial genutzt werden: Jugendliche spielen eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche, nachhaltige, soziale und gesellschaftliche Entwicklung.

JUGEND ALS POLITISCHER FAKTOR: MOTIVIERT, ENGAGIERT – FRUSTRIERT

Die Politik hat inzwischen erkannt, dass die Jugend als entwicklungsrelevanter und politischer Faktor ernst genommen werden muss. Auch abgesehen von ihrem enormen Wählerpotenzial – in den letzten Wahlen in Uganda 2011 machten Jugendliche unter 30 mehr als die Hälfte der Wähler aus[15] – ist das Veränderungspotenzial durch Jugendliche beachtlich. Der gesellschaftliche und politische Einfluss, der Jugendlichen zukommen sollte, macht sie zur wichtigsten Zielgruppe für politische Bildung überhaupt. Das Potenzial ist da – und es muss sinnvoll genutzt und kanalisiert werden, wenn es sich nicht, wie zuletzt im „Arabischen Frühling" gesehen, von selbst Bahn brechen soll. Die Bedeutung, Jugendliche in politische und gesellschaftliche

14 | Ebd., 105.
15 | VN, Fn. 9, 17.

Entscheidungsprozesse einzubinden, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ebenso wenig sind die Gefahren zu unterschätzen, die sich aus ihrer Beeinflussbarkeit ergeben.

Trotz aller genannten Probleme: Die Aussichten sind besser als es scheint, Chancen gibt es durchaus viele und die Impulse kommen häufig von den Jugendlichen selbst. Den jungen Menschen wird ihre Mehrheitssituation – und damit ihre potenzielle Macht – inzwischen immer mehr bewusst. Die Jugend in Uganda will, wie in den meisten Ländern Subsahara-Afrikas, raus aus der Statistenrolle, will nicht länger nur über sich, sondern mit sich reden lassen. Sie will ihr Potenzial erkannt und gefördert wissen, als *problem-solvers* und nicht länger als *problems to be solved* gesehen werden. Sie will mitbestimmen, Verantwortung übernehmen. Die Jugendlichen wollen, kurzum, mehr Beteiligung und klagen diese auch immer vehementer ein. Noch sind es die Themen Arbeitslosigkeit, Bildung und Gesundheit, die die ugandische Jugend umtreiben, doch zunehmend erobern auch Zukunftsthemen wie Umweltschutz, Klimawandel und Generationengerechtigkeit das Bewusstsein – Themen von morgen, die die Jugend von heute umso stärker betreffen.

Die Jugend in Uganda will ihr Potenzial erkannt und gefördert wissen, als *problem-solvers* und nicht länger als *problems to be solved* gesehen werden. Sie will mitbestimmen, Verantwortung übernehmen.

Die ugandische Jugend ist zunehmend motiviert, aber auch frustriert, da ihr Engagement sich nicht immer zielgerichtet entfalten kann oder nicht die erhoffte Wirkung erzielt. „Engaged but unempowered“ lautet der Vorwurf – „engagiert, aber machtlos“. Und doch wird von der Politik inzwischen einiges getan, um die Befähigung von Jugendlichen zu verbessern, werden zahlreiche Programme aufgelegt, um Jugendliche in ihrem Zugang zu Entscheidungen, in ihrer Ermächtigung und ihren Kompetenz zu stärken.

ZIELGRUPPE JUGEND

Schon 2001 wurde eine Nationale Jugendstrategie (The National Youth Policy, NYP) ins Leben gerufen, um die „Ressource“ Jugend zu mobilisieren und ihre Einbindung in nationale Entwicklungsprozesse zu gewährleisten. So widmet sich die NYP hauptsächlich den Themen Beteiligung der Jugend und Stärkung künftigen Führungspotenzials

in Zivilgesellschaft und Regierung. Die NYP – bisher ein Lippenbekenntnis mit wenig konkreten Maßnahmen oder erkennbaren Strategien – wird derzeit überarbeitet. Der neue Entwurf sieht unter anderem mehr Interaktion und eine verstärkte Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen vor und beschreibt konkrete Schritte, um den Sinn für *ownership* und *capacity building* unter den Jugendlichen zu stärken. Eine andere nationale Einrichtung, die die Interessen der Jugendlichen vertreten soll, ist der so genannte National Youth Council. Er wurde bereits 1993 mit dem Ziel gegründet, die verschiedenen Jugendverbände unter einem Dachverband zusammenzubringen und mit einer Stimme sprechen zu lassen.

In der Politik stellen sogar Quoten die Beteiligung Jugendlicher sicher: Im Parlament sind neben Quoten für Frauen, Behinderte und Soldaten Sitze für Jugendvertreter vorgesehen, von denen mindestens einer an eine Frau vergeben werden muss. Bei einer Anzahl von etwa vierhundert Abgeordneten haben die jungen Parlamentsmitglieder jedoch nur einen sehr geringen bis gar keinen Einfluss, so dass diese ansonsten bemerkenswerte Maßnahme praktisch wirkungslos bleibt.

Der Local Government Act von 1997 sieht für alle Verwaltungsebenen, vom Distrikt bis zur Gemeinde, jeweils eine männliche und eine weibliche Jugendvertretung vor.

Auch auf kommunaler und lokaler Ebene wird Jugendvertretern per Quote der Zugang zu politischen Entscheidungsgremien eröffnet: Der so genannte Local Government Act von 1997 sieht für alle Verwaltungsebenen, vom Distrikt bis zur Gemeinde, jeweils eine männliche und eine weibliche Jugendvertretung vor. Doch aufgrund der hohen, selbst zu tragenden Nominierungsgebühren (*nomination fees*), die auch im Parlament erhoben werden, bleibt den Jugendlichen der Zugang zu höheren Ämtern meist erschwert.

In dem noch jungen Mehrparteiensystem, das in Uganda 2006 eingeführt wurde, besteht für Jugendliche auch die Möglichkeit, sich parteipolitisch zu engagieren. Die wichtigsten politischen Parteien in Uganda haben eine jeweilige Jugendorganisation, die die Interessen der Jugendlichen innerhalb ihrer politischen Partei vertreten soll. Als zusätzliche Stimme im demokratischen Zusammenspiel erhofft man sich von den jungen Mitgliedern frischen Wind und neue Impulse für die Politikgestaltung. Doch fehlt es

der Parteijugend an Training, Durchsetzungskraft und Führungsqualitäten – und so findet sie in den Parteivorständen kaum Gehör.

Es ist nicht so, dass die Politik nicht reagiert. Zählt man die weiteren Beteiligungsmöglichkeiten, Jugendverbände und -initiativen hinzu und bedenkt man zudem noch die vielen Projekte und Förderprogramme internationaler Organisationen und NROs, ergibt sich ein lebendiges Bild vielfacher Anstrengungen, den Bedürfnissen der Jugend Rechnung zu tragen und sie in ihrer jeweiligen Rolle zu stärken. Auch in der Zivilgesellschaft wird für die Jugend in Uganda theoretisch viel getan. Dennoch scheinen die Bemühungen (noch) nicht genügend Früchte zu tragen oder scheitern an einer unzulänglichen und ineffektiven Implementierung. Nach wie vor haben Jugendliche in der noch jungen Mehrparteiendemokratie nicht den Einfluss, der ihnen zukommen könnte, sie fühlen sich marginalisiert und von wesentlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Hierfür gibt es viele Gründe. Einer mag in der ugandischen – und in ganz Afrika verbreiteten – Tradition liegen, die den Älteren, den so genannten *elders*, uneingeschränkten Respekt zollt. Die Erfahrung und Lebensweisheit des Alters ist ein entscheidender Faktor in der afrikanischen Gesellschaft und eine wesentliche Voraussetzung für Anerkennung und Macht. Die Haltung, das Ansehen oder die Meinung der Älteren niemals in Frage zu stellen, wird von frühester Kindheit anerzogen und ist in den Denkmustern tief verankert. Die traditionelle afrikanische Gesellschaft weist Kindern und Jugendlichen lediglich eine Zuhörer- und Schülerrolle zu. Hiervon kann sich die Jugend – bei allem Selbstbewusstsein, das sie, sobald unter sich, äußert – nur schwer lösen. Ebenso fällt es den Älteren nicht immer leicht, die Jugendlichen ernst zu nehmen, ihr Potenzial und ihren Innovationsgeist anzuerkennen, ihre Kreativität wertzuschätzen und sie ihren Beitrag leisten zu lassen.

In der Zivilgesellschaft wird für die Jugend in Uganda theoretisch viel getan. Dennoch scheinen die Bemühungen (noch) nicht genügend Früchte zu tragen oder scheitern an einer unzulänglichen und ineffektiven Implementierung.

Ein weiterer Grund für die Marginalisierung von jungen Leuten und deren erschwerten Zugang zu politischen Ämtern und Schlüsselfunktionen ist die Rolle des Geldes in der Politik. Die jungen Menschen haben meist nicht die Mittel, Wahlkämpfe zu organisieren bzw. es mit den älteren

Kandidaten aufzunehmen, deren finanzielle Ausstattung altersgemäß meist besser ist. Des Weiteren stellt oft bereits die Kandidatur für ein politisches Amt Jugendliche vor beinahe unüberwindbare Hürden, obwohl die Gesetzgebung deren Mitgliedschaft in politischen Gremien vorsieht. Sowohl die Nominierungsgebühren als auch die Sammlung von Unterschriften von Unterstützern sind für ältere und bereits erfahrene Kandidaten leichter zu bewerkstelligen als für jüngere Bewerber. Schließlich ist auch in der Politik – wie auf dem Arbeitsmarkt – die Rolle von Patronage und Nepotismus nicht zu unterschätzen. Weniger die Qualifikation eines Jugendlichen als vielmehr seine Beziehungen zu älteren Partei- oder Gremiumsmitgliedern sind entscheidend für die Teilhabe an Entscheidungsprozessen.

Es ist häufig der Fall, dass Jugendliche Führungspositionen anstreben, ohne über die notwendige Ausbildung oder Qualifizierung zu verfügen. Daher gelingt es ihnen nicht, Entscheidungsprozesse in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Neben diesen Hindernissen sind auch auf Seiten der ugandischen Jugend Gründe dafür zu finden, warum sie nur schlecht in politische Entscheidungsprozesse integriert ist. Häufig verfügt sie nur über unzureichende Führungs- und Lobbyingfähigkeiten und ist in sich entlang von Partei- und ethnischen Linien gespalten. Vor allem Letzteres trägt dazu bei, dass die Jugendlichen das Potenzial ihrer zahlenmäßigen Übermacht nicht ausnutzen können. Weiterhin ist es häufig der Fall, dass Jugendliche Führungspositionen anstreben, ohne über die notwendige Ausbildung oder Qualifizierung zu verfügen. Daher gelingt es ihnen nicht, Entscheidungsprozesse in ihrem Sinne zu beeinflussen und zur Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Landschaft Ugandas aktiv beizutragen.

So hat die Jugend in Uganda ein ambivalentes Verhältnis zur Politik: Einerseits ist ihre Triebfeder für ein Engagement in der Politik häufig der Wunsch nach Verbesserungen – die Jugend möchte teilhaben und etwas bewegen. Sie hat längst erkannt, dass Politik und nicht Gewalt der Schlüssel zu nachhaltiger Veränderung ist. Jugendliche sind auf vielerlei Weise Teil des Politikprozesses geworden – sowohl als Kandidaten als auch als Wahlhelfer und Wahlkämpfer. Auch ihre Wahlbeteiligung ist sehr hoch.[16]

16 | VN, Fn. 9, 17.

Andererseits haben viele junge Menschen den Eindruck, dass ihre Stimmen wenig zählen und noch weniger bewirken.[17] Ein Faktor, der dazu führt, dass Jugendliche mehr und mehr frustriert sind mit der Rolle, die sie in der Politik spielen können, sind die Versuche von Politikern, Jugendliche zu korrumpieren und ihre Stimmen zu kaufen. Viele ugandische Jugendliche sind außerdem in der Gefahr, Opfer von Manipulation zu werden, da ihre häufig verzweifelte Lage sie zur leichten Beute leerer Versprechungen macht. Schließlich begegnet die Jugend Regierungsprogrammen und Politikern häufig mit Abwehr und Zynismus angesichts des hohen Maßes an Korruption und Bestechung, das in der ugandischen Politik immer wieder zutage tritt. Es gilt daher, erstere Tendenz zu stärken und letztere zu schwächen, damit die Motivation der Jugend genährt und gesteigert werden kann.

Die Jugend in Uganda ist nicht „rebellisch". Sie will sich innerhalb des bestehenden Systems engagieren, stößt dabei aber immer wieder an Hindernisse und Grenzen, die ihr unüberwindbar erscheinen. Doch trotz der Frustrationen, die das teilweise mit sich bringt, ist ein „ugandischer Frühling" eher nicht zu erwarten. Dazu ist die Jugend insgesamt noch zu „unorganisiert" und entlang ethnischer und sozialer Linien gespalten.

Trotz der Frustrationen ist ein „ugandischer Frühling" eher nicht zu erwarten. Protestaktionen beschränken sich meist auf die Hauptstadt und sind häufig von keiner eigenständigen Agenda geprägt.

Für die Jugend gilt dasselbe wie für die Opposition: Auf die Straße gehen viele, aber von einer „Bewegung" lässt sich nicht sprechen. Protestaktionen beschränken sich meist auf die Hauptstadt und sind häufig von keiner eigenständigen Agenda geprägt. Letztere erschöpft sich meist in dem kleinsten gemeinsamen Nenner, der sowohl die Jugend, als auch die Opposition vereint und sich mit „Dagegenhaltung" beschreiben lässt. Auch mangelt es an Lösungsansätzen und Alternativvorschlägen. Dies ist eines der Hauptprobleme, das verhindert, dass die Jugend ihr Potenzial sinnvoll nutzt, um Uganda in eine Richtung zu lenken, von der sie in der Zukunft profitieren kann.

17 | Vgl. USAid, Fn. 1, 17 f.

AFRIKA MACHT MOBIL? „NO AIRTIME!“

Auch fehlt die mobilisierende Kraft neuer und sozialer Medien. Befragungen zufolge hatten über 70 Prozent der Jugendlichen in Uganda noch nie Zugang zum Internet, die Zahl der regelmäßigen Nutzer ist in der Hauptstadt konzentriert und beträgt nicht mehr als fünf bis zehn Prozent.[18] Ein Mobiltelefon – mindestens eines – hat zwar inzwischen jeder (96 Prozent), die Mittel aber, seine Telefonate auch zu bezahlen, jedoch kaum einer. So wird der Mangel an *airtime* zum „Dauer-Mantra“, und stattdessen wird fleißig „gebeept“ oder gelegentlich eine Textnachricht versendet. Schwache Netze und häufig zusammenbrechende Verbindungen machen zudem weder das Telefonieren noch das „Surfen“ zu einem effektiven und ertragreichen Unterfangen. Die Voraussetzungen für die Nutzung neuer Medien oder sozialer Netzwerke sind schon technisch nur in bescheidenem Maße gegeben – in ländlichen Gegenden gar nicht, in der Stadt in geringem Umfang. Da macht es kaum einen Unterschied, ob Mobiltelefone internetfähig sind oder nicht. Und selbst dort, wo sie es sind, wird das damit verbundene Potenzial nicht erkannt oder nicht genutzt: So werden Twitter, Facebook und Co. eher für „Klatsch und Tratsch“ und Austausch von Befindlichkeiten verwendet denn als gesellschaftliche Kommunikationsplattform oder als Möglichkeit zum substanziellen Meinungsaustausch über politische und soziale Themen gesehen. Das Hauptinformationsmittel ist immer noch das Radio.

Doch mit der wachsenden Anzahl von Jugendlichen und der Verbesserung der technischen Voraussetzungen ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich die Jugend auch in Subsahara-Afrika vernetzt und organisiert. Die Jugend ist – zumindest in Uganda – insgesamt politischer, engagierter geworden. Sie hat erkannt, dass es ihre Zukunft ist, um die es geht, und sie möchte diese Zukunft mitgestalten. Es gilt, diesem Phänomen international mehr Beachtung zu schenken und die Länder südlich der Sahara dabei zu unterstützen, der Jugend Perspektiven zu schaffen. Der demografische Wandel in dieser Region bietet Herausforderungen, aber auch zahlreiche Chancen, die es zu erkennen und zu fördern gilt.

18 | Fünf Prozent der Jungendlichen in Uganda haben täglich, und etwa zehn Prozent gelegentlich (ein bis drei Mal wöchentlich) Zugang zum Internet: USAid, Fn. 1, 18.